

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsdruckerei Riefa, Grenzstr. 10.

Postamt Nr. 2100, Grenzstr. 10.

für die Amtshauptmannschaft Großhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 71.

Freitag, 26. März 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 3.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 3.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (7 Silben) 50 Pf., Ortspreis 70 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz 10 Pf., Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag überfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierteljährliche Unterhaltungsbeilage „Kühnheit an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerinseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorforderung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Stationenabdruck und Vertrieb: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktplatz 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Vom Wirtschaftsministerium und Landkommissar sind Druckfäße der 39. und 40. Mitteilung an die sächsischen Pferdebesitzer auf die Jahre 1918 und 1919 hierher gelangt.

Pferdebesitzer können die Druckfäße bei der für sie zuständigen Befehlshaberstation entnehmen.

Die hier befindlichen Exemplare können hier eingesehen evtl. auch auf einige Zeit zur Durchsicht überlassen werden.

Großhain, am 24. März 1920.
809 a El.
Die Amtshauptmannschaft.

Postkartenausgabe Sonnabend, den 27. März 1920, von 5-7 Uhr nachmittags bei den Ausgabestellen.
Weißa, am 26. März 1920.
Der Gemeinderat.

Wochenkartoffelkartenausgabe in Gröba.

Sonnabend, den 27. März 1920, vormittags 8 bis 1 Uhr werden im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, die Wochenkartoffelkarten nur an diejenigen Personen ausgegeben, welche bisher in der Wochenverforgung waren. Der Kopf der alten Wochenkartoffelkarte ist abzugeben.
Gröba (Elbe), am 25. März 1920.
Der Gemeinderat.

Die Pläne über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie und die Auslegung von Fernspreckabeln in Gröba liegen beim Postamt Gröba vom 30. ab 4 Wochen aus.
Dresden - N., 23. März 1920.
Ober-Postdirektion.

Deutliches und Sächsisches.

Riesa, den 26. März 1920.

Entlassungsfeier in der Knabenschule. Gestern vorm. 9 Uhr fand in der Turnhalle der Knabenschule die feierliche Entlassung der 127 Knaben statt, die nach dem geschichtlichen Vorwissen ihrer Schulpflicht genügt hatten. Nachdem die zahlreich erschienenen mit Schülern und Lehrern gemeinsam das alte Lied: „Bis hierher hat mich Gott gebracht“ gesungen hatten und Herr Weder als Gebet den 127. Psalm (Ich liebe meine Augen auf zu den Bergen) gesprochen hatte, ergriff Herr Direktor Fröhlich das Wort zu seiner Entlassungsrede. Er führte folgendes aus: „Frei liegt die Zukunft vor euch. Streuen merket ihr euch, daß ihr ein großes Stück dem Lebensziele näher gekommen seid. Aber doch soll eure Freude nicht zu laut sein; denn Traurigkeit und Dunkel liegt die Zukunft unseres heimatlichen Vaterlandes vor uns. Was laßt uns allen — besonders aber euch — diese erste Stunde? Was das Vaterland von euch verlangt, das sagen uns die Einleitungsätze der neuen Verfassung: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen befeuert, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu befestigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“ Dinge werden von euch verlangt, die euch zu rechten Staatsbürgern machen sollen: 1. Bleibt allezeit einig! 2. Erneuert und festigt das Reich! 3. Dienet dem inneren und äußeren Frieden! 4. Fördert den gesellschaftlichen Fortschritt! Diese Forderungen, die gewiß in vielen nicht leicht sind, hindern doch angetan, daß ihr einmal rechte Staatsbürger werdet. Noch niemals ist soviel Hoffnung auf die Jugend gesetzt worden, als auf euch. Nehmt alle Kraft zusammen, daß ihr mit den anderen einig, in einem erneuten und geistigen Reiche mit wahren inneren und äußeren Frieden und mit dem rechten gesellschaftlichen Zustande leben könnt! Das gebe Gott! Nachdem der Schuldor unter Leitung des Herrn Kirchenmusikdir. Fischer den Scheidenden das Lied: „Bleib hin in Frieden“ gesungen hatte, verlas Herr Weder den Auftrag des Ministers des Kultus an die Jugend aller Schulen im Freistaate Sachsen vom 18. Januar 1920. Herr Dir. Fröhlich entließ darauf die Konfirmierten. Die Feier schloß mit dem bekannten Liede 424. — Wäre unsere Jugend, die hinausgegangen ist in den harten Kampf des Lebens, alle die Hoffnungen erfüllen, die wir in so früher Zeit auf sie setzen! H. G.

Thater im Stern. Am Palmsonntag gelangt Max Drevers wertvolles Schauspiel „Die Siebzehnjährigen“ zur Aufführung. Der Verfasser besitzt den großen Vorzug, nicht durch große Effekte zu wirken, sondern legt den Hauptwert auf treffende Charakteristik und offenbart die Tiefen der Menschenseelen mit ihren psychologischen Feinheiten mit erschütternder Wirkung. „Die Siebzehnjährigen“ erlebten bei ihrer Aufführung in München einen starken nachhaltigen Erfolg. Jedem Freund eines wirklich guten Schauspiels darf dieser Abend besonders empfohlen werden.

Kautenabend. Der Berliner Kammerjäger Dr. Heinz Schall veranlaßt am 31. März in der „Elberstraße“ einen Kautenabend. Der Künstler ist, wie uns mitgeteilt wird, ein Meister seines Faches, einer der besten deutschen Kautenänger und der einzige, der auch die doppelköpfige Kauten spielt, das Instrument der Minnesänger des Mittelalters. Kammerjäger Dr. Heinz Schalls Darbietungen sind von bedeutendem literarischem und kulturellem Wert.

Ein falscher Kohlenrevisor. Wie bekannt geworden ist, nimmt ein früherer Angestellter des Landeskohlenamtes Dresden, namens Hageier, Veranlassung gewerblicher Unternehmungen vor, ohne hierzu befugt zu sein. Die beteiligten Kreise werden daher in ihrem eigenen Interesse gewarnt, Hageier den Zutritt in ihre Betriebe zu gestatten und dabei gleichzeitig darauf hinzuwirken, daß zur Vornahme von Feststellungen und Revisionen nur die mit Ausweis versehenen Beamten und Angestellten des Landeskohlenamtes und des Kohlenausgleichs Dresden sowie der Gewerbeaufsichtämter berechtigt sind.

Sum Kapitalertragssteuer. Das sächsische Finanzministerium teilt mit: Das Kapitalertragssteuergesetz ist von der Nationalversammlung angenommen worden. Seine Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt steht unmittelbar bevor. Das am 31. März 1920 fällig werdenden Aktien und sonstigen Kapitalerträge unterliegen der Kapitalertragssteuer auch dann, wenn sie vor Inkrafttreten des Kapitalertragssteuergesetzes ausbezahlt werden. Die Schuldner der Aktien und Kapitalerträge halten für die Zahlung der Kapitalertragssteuer.

In der Volkstammer sind kurze Anfragen von deutschen Abgeordneten eingegangen betr. den Antrag eines Kammerabgeordneten mit rückwirkender Kraft sowie betr. Verhandlungen des Entwurfs für den vorberathenden Reichsausschuß zu Gunsten der sächsischen Land-

wirtschaft, von demokratischen Abgeordneten wurden Anfragen gestellt, betr. die Ausübung der neu aufgenommenen Senatsämtern nach der Beistimmung der jetzigen Lehrerbildungsanstalten, ferner betr. Uebergriffe in die Reichsbank des Reichsbank-Georgswalbe sowie betr. die Vertretung des deutschen Handwerks im Reichsausschuß.

Für Angehörige des Reichsausschusses. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband teilt mit, daß er mit der Umwandlungsentwurf 12 neue Geschäftsstellen für die Angehörigen bei den Umwandlungsstellen des alten Reichsausschusses mit Rückwirkung vom 1. Januar 1920 abgeschlossen habe. Näherer Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des D. N. V. in Dresden, Straßallee.

Ueber die Beschläge des sächsischen Gesamtministeriums in der Witterungsfrage des Reichsausschusses, in der über die Forderungen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen Beschluß gefaßt werden sollte, teilt die „Leipziger Volkszeitung“ folgendes mit: 1. Das Palais, das bis zum Wiede aufbau der Leipziger Volkshausen der Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden soll, ist an die Bank für keramische Industrie (Bankhaus Arnold, Dresden) von Urrechtlicher Amt auf die Zeit vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1921 zum Mietpreis von 90 000 Mark pro anno vermietet. Es soll ein fünfstöckiges ausgetastetes Ausstellungsgebäude mit Nebenräumen. Außer der Mietzeit sollen die Räume die Räume als Wohnräume benutzen. Diese Verpflichtung hat die Bank für 25 000 Mark abgeteilt. Dr. Gradnauer verspricht, mit Arnold zu sprechen, ob die Bank nicht ein Jahr auf das Gebäude verzichten möchte. 2. Der beantragte Kredit von fünf Millionen Mark vom Staate für die Gewerkschaften soll noch zurückgestellt werden. Dazu bedarf es des Beschlusses der Volkskammer. Wegen der Konsequenzen ist die Entscheidung ausgesetzt. 3. Wegen der Aufhebung des Belagerungszustandes sind die Reichsausschüsse und der Regierungsausschuß angeordnet worden, dem Ministerium telegraphisch Bericht zu erstatten. General von Bilack ist aufgeführt worden. Bericht über den Brand des Volkshauses und die Vorgänge in Wiederlich zu erstatten. Danach soll entschieden werden, ob der Ausnahmestand aufgehoben werden soll. Die Regierung ist bereit, den Belagerungszustand aufzuheben, falls genügend Waffen abgegeben werden. Keinesfalls werden sie nicht erlaßt werden können. 4. Die Bestimmungen über die Einwohnerzahl werden vom Ministerium nach den Volkszählungsgrundlagen neu bearbeitet. Die Eintragung der Einwohnerzahlen kann nur die Regierung genehmigen. Die Gemeinden sollen die Errichtung beschließen und die Genehmigung des Ministers einholen.

Schönitz. Wie das „Sächsische“ mitteilt, ist hier im Besitze eines Regierungsvertreters in einer Einigungssache, an der die Mitglieder des Stabes und die Führer der Demokraten, Reichssozialdemokraten und Unabhängigen und der Sozialisten Arbeiterpartei teilnahmen, eine Einigung zur Beilegung des verfassungswidrigen Zustandes herbeigeführt worden. Danach wird sich der Arbeiterpartei, daß sie zu sorgen, daß die im Besitz der von ihm vertretenen Arbeiterpartei befindlichen Waffen bis spätestens Donnerstag abgeholt werden. Die verhängte Bankperre wird sofort aufgehoben und die Vertreter des Stabes und der Parteien verpflichten sich, ihren Einfluß geltend zu machen, für die Zahlung des Streikloans und der Begräbniskosten. Der amtierende Regierungsvertreter übernimmt die Garantie, daß die Regierung Strafrecht für das Vergangene zu läßt.

Wirna. Der Rat der Stadt Wirna schreibt: „Durch die Tagespresse ist in den letzten Tagen die Nachricht gegangen, daß in Wirna die Räterepublik ausgerufen, der Bürgermeister verhaftet und das Rathaus gestürmt worden sei. Diese Angaben haben wir und ganz im Widerspruch zur Wahrheit und entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. In Wirna ist lediglich das Volkstamm einig und einig gewesen. Patrouillen wurden ausgesandt und ein Aktionsausschuß gebildet. Dieses alles aber vollzog sich ohne jede Verletzung der Ruhe der Stadt.“

Bayern. Von der Kronprinzengräberstraße kürzte am Dienstag ein unbekannter 20-jähriger Mensch. Er ist an den schweren Verletzungen gestorben. — Das Reichsausschussministerium hat der Errichtung eines Finanzamtes in Wiesbaden zugestimmt. Der Amtsbezirk des Finanzamtes wird die Amtsgerichtsbezirke Wiesbaden und Schwanheim umfassen. Die Errichtung soll so bald wie möglich erfolgen. Als Diensträume sind Teile der alten Schule vorgesehen.

Krnsdorf. Als Freitag abend der Verlegung des Ortsbürgermeisters Berndt den Hofbau säubern wollte, der sich im Stalle des Weiguts befand, benutzte er eine Stearinlampe. Infolge unvorsichtiger Handhabens mit dem Lichte geriet Strohhalm in Brand. Das Feuer vernichtete 60 Ballen Stroh, wurde aber gelöscht, ehe es weiterzuziehen konnte. Durch den Brand hatten aber, wie das „Mühlpfarrer Tageblatt“ schreibt, 13 Stück Vieh eine so schwere Rauchvergiftung erlitten, daß sie abgetötet werden mußten.

Bad Elster. In Bärenloß waren im Röhrlischen Gute mehrere Arbeiter mit Erbarbeiten beschäftigt. Dabei machte sich die Beguna von Schuppen nötig, von denen einer verlor. Der Schichtmeister Schönbauer aus Bärenloß, ein zuverlässiger Mann, begab sich nochmals nach der Sprengstelle, um nach dem Verlaufe zu sehen. Im selben Augenblick entlud sich der Schuß und der unglückliche Mann wurde in Stücke zerfetzt.

Schönheide. Die 18-jährige Tochter eines Wurfenfabrikarbeiters spielte mit einer Selbstkloppelkiste, die ihr Vater mit aus dem Felde gebracht hatte. Dabei löste sich ein Schuß und drang einer 22-jährigen Wurfenfabrikarbeiterin in den rechten Oberarm. Die Verletzte liegt schwer darnieder. Die Tochter und auch der Vater wollen nicht gewußt haben, daß die Kiste geladen war.

Annaberg. Die letzte Vollauszahlung im Annaberges Ratowald erbrachte 1 100 000 Mark Erlös. Das Festmeter Schleichholz wurde mit 600 Mark, Kiefer mit 530 Mark bezahlt. In der Dezemberauktion 1919 erbrachte das Festmeter 264 Mark. Innerhalb 3 Monaten 100 Proz. Steigerung.

Hohenstein-Ernstthal. Eine böse Erfahrung hat der heutige kommunistische Aktionsausschuß gemacht. Am 14. März wurde der Kommunist Emil Jell vom Aktionsausschuß mit der Leitung der Polizeigewalt in unserer Stadt beauftragt. Am 15. März hat er einem verhaften Aktivist 1000 Mark entnommen. Nachdem der Aktivist Verionen unglücklich in Verhandlung geraten waren, gelang es am 23. März, den Dros zu überführen. Ein Teil des Geldes konnte dem Betroffenen wieder zugestiftet werden. Die Angelegenheit hat natürlich noch ein gerichtliches Nachspiel. J. ist vom Aktionsausschuß seines Amtes entbunden worden.

Friedrichsgrün bei Falkenstein. Hier erlöh der etwa 60 Jahre alte Tamburier Hermann Dreffel seine Ehefrau und brachte sich dann selbst einen Schuß bei, an dessen Folgen er bald darauf verstarb. Dreffel schien nicht mehr geistig zurechnungsfähig gewesen zu sein.

Glauchau. Am Mittwoch fand die Wahl zum Volkstamm statt, der an die Stelle des Aktionsausschusses treten soll. Gewählt wurden 5 Reichssozialisten, 3 Kommunisten und 1 Unabhängiger. Der Aktionsausschuß hat dem Volkstamm die Geschäfte übertragen.

Witzkau. Durch den Generalstreik in voriger Woche ist im Witzkauer Steinbrüche ein Förderungsaußfall von 31 430 Tonnen entstanden.

Langenberg-Falken. Bei einem Gutsbesitzer wurde hier eine Kiste mit Silber- und Goldgeld im Werte von mehreren 1000 Mark beschlagnahmt.

Flauren. Die Stabverordneten beschlossen die Bildung einer Einwohnerwehr, die sich zu zwei Dritteln aus Angehörigen der drei sozialistischen Parteien und einem Drittel aus Nichtsozialisten zusammensetzen soll. Angehörige der Reichssozialisten dürfen nicht in die Einwohnerwehr aufgenommen werden. — An der Elsterberger Straße wurde das Geschäft des Gutsbesitzers Dering aus Leipzig angezündet und darauf geschossen, als es dem Führer nicht gleich gelang, die Wehr zum Stehen zu bringen. Dabei wurde Dering so schwer verwundet, daß er verstorben ist. Sein Sohn wurde schwer verwundet.

Leipzig. In der Sitzung der Stadtvorordneten kam der Brand des Volkshauses zur Sprache. Allgemein wurde das lebhafteste Bedauern über den Brand des prächtigen Gebäudes ausgesprochen. Der Rat wird umgehend Beschlüsse fassen, um Räume und Verabstapung für die Abgeordneten zu beschaffen. Die Stadtvorordneten nahmen ferner einen Antrag der Reichssozialisten an, nach dem das Kollegium den Magistrat des Volkshauses aus dem Amt zu entlassen und die Rechte der Stadtvorordneten zurückzugeben und den Vorsteher beauftragte, beim Ministerium Beschwerde über diesen Eingriff zu führen. Damit wurde ein Antrag der Unabhängigen angenommen gegen die bürgerlichen Stimmen, der die Leipziger Stadtvorordnetenmission bis auf weiteres verlagert.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Verurteilung im Erzberger-Prozess. Berliner Blätter melden, daß gegen das Urteil im Erzbergerprozeß sowohl von Erzberger als auch von Reichsrevision eingeklagt worden sei.

Die Aburteilung der Staatsanwälte. Dem Reichsausschuß der Gesetzgebung betreffend die Aburteilung der dem hochverräterischen Unternehmen vom 18. März 1920 zusammenhängenden Straftaten durch die ordentlichen bürgerlichen Gerichte zugegangen. Danach steht die Aburteilung, auch soweit es sich um der Militärgerichtsbarkeit unterstellte Personen handelt, ausschließlich den ordentlichen bürgerlichen Gerichten zu. Der Entwurf wurde zunächst in eingehender Ausschussberatung vom Reichsausschuß beraten.

Ein deutscher Minenbauer in Holland interniert. Wie die Amsterdamer Blätter aus Rotterdam melden, ist der deutsche Minenbauer H. G. in dort von einem niederländischen Korpsboot eingekerkert und vorläufig interniert worden.

Die Übernahme der bayerischen Staatsbahnen. Der Finanzminister des bayerischen Reiches genehmigte den Staatsvertrag betr. den Übergang der bayerischen Staatsbahnen auf das Reich.

Die Kosten für die Besatzungstruppen. Laut „Tribunale“ betragen die Kosten für die Besatzungstruppen im Rheinlande und in den der Volksabstimmung unterworfenen Gebieten für 1920 etwa 700 Millionen Francs. Davon entfallen auf die Rheinlande 567 Millionen.

Deutsch-französisches Wirtschaftsabkommen. Wie die Pariser Blätter melden, wird demnächst eine deutsch-französische Kommission zusammentreten, um über ein Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich zu verhandeln. Deutschland werde durch den Ministerialdirektor Göttert, Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, und Generalrat von Reutere vom Reichswirtschaftsministerium vertreten sein.

Gemeinverpflichtung der Deutschen Sparprämienanleihe von 1919 findet am 27. d. M. von 9 Uhr vormittags an öffentlich in Berlin, Oranienstraße 106, im 2. Saale des Vereinshauses statt.

Frankreich.

Enthaltene Kohlen. Der Arbeitsminister De Loqueur, der gestern aus London zurückgekehrt ist, teilte einem Vertreter der „Agence Havas“ mit, daß er mit den dort erlangten Ausständnissen vollständig zufrieden sei. Lloyd George habe erklärt, daß Frankreich vor dem Ausbruch der Krise seine Kohlen aus England bezogen habe. Die britische Regierung werde aber heute die äussersten Anstrengungen machen, um Frankreich 60 Prozent aufkommen zu lassen.

England.

Die Lohnforderungen der Eisenbahner. Das Schiedsgericht fällt vorerst zur Förderung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Eisenbahn auf Erhöhung des Wochenlohnes um 15 Schilling ab. Das Schiedsgericht sprach den Arbeitern eine Lohnhöhung von 5 Schilling zu, was aber seiner Ansicht Ausdruck, daß die Arbeiter auf keinen Fall berechtigt seien, eine neuerliche Erhöhung zu fordern.

Argentinien.

Generalkrieg. Nach einer Havasmeldung aus Rio de Janeiro hat der Verband der Arbeiter vom 23. März an den Generalkrieg erklärt.

China.

Gedächtnis über eine Revolution. Wie die Blätter melden, berichtet „Cathart-Service“ aus Tokio, daß dort Gedächtnis über eine Revolution in China im Umlauf seien. Auf allen Linien der chinesischen Ostbahn herrscht Aufstand, der bolschewistischen Charakter trägt. Tausende von chinesischen Soldaten haben das Kommando verlassen und auf ihrem Wege nach China sibirische Städte geplündert. Sie wurden an der chinesischen Grenze entworfen.

Sitzung der sächsischen Volkskammer.

sa. Dresden, den 26. März 1920.

Die Kammer erledigt zunächst den Gesetzentwurf über die Gewährung von Tagelohnern und Entschädigung an Mitglieder der Bezirke- und Kreisbauvereine und Bezirksvereinigungen.

Die Vorlage wird sofort in Schlussberatung genommen. Ein von den Unabhängigen gestellter Antrag auf Erhöhung der Tagelöhner auf 25 Mk. wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Abgeordneten angenommen, ebenso im weiteren der ganze Gesetzentwurf.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, Erhöhung der Tagelöhner und Umzugskosten der Beamten wird ebenfalls in sofortiger Schlussberatung erledigt und nach zustimmenden Ausführungen der Abg. Anders (D. Sp.), Schierand (Dem.) und Rammelsberg (D. Sp.) einstimmig angenommen.

Sam nächsten Punkt der Tagesordnung, Entwurf eines Staatsvertrages zum Übergang der Staatsbahnen auf das Reich

nimmt Ministerpräsident Dr. Gradnauer das Wort zu längerer Ausführungen, in dem er unter anderem folgendes sagte:

Durch den Gesetzentwurf, zu dem wir Ihre Mitwirkung erbitten, soll der Reichsbahndank, dessen für und wider Jahrzehnte hindurch auf das lebhafteste umstritten war, und der in der neuen Reichsverfassung zunächst nur ein Programm bilden konnte, nunmehr zur Wirklichkeit werden. Der Gedanke eines einheitlichen deutschen Eisenbahnwesens ist so alt, wie die deutschen Eisenbahnen selbst, ja, er ist älter als sie.

Die Reichsverfassung hat als äußersten Zeitpunkt für den Übergang der Staatsbahnen auf das Reich den 1. April 1921 gesetzt. Bald aber gewann der Gedanke Raum, die Eisenbahnen schon zu einem früheren Zeitpunkt, am 1. April des laufenden Jahres, dem Reich zu übertragen.

Rechtung und Gegenrichtung sind nach dem Vertrage die: Sachen überträgt dem Reiches seinen gesamten Eisenbahnbesitz, auch die Schmalspurbahnen und die dem Umschlagverkehr dienenden Halten- und Uferbauten in Dresden und Riesa, mit alleiniger Ausnahme der staatlichen Straßenbahnlinien und der staatlichen Kraftwagenbetriebe. Das Reich zahlt dafür an Sachen eine Abfindung, die sich auf mehr als 2 Milliarden Mk. belaufen wird. Genau kann diese Abfindung noch nicht beziffert werden, weil erst die Rechnungsergebnisse der neuesten Zeit abgewartet werden müssen. Erst dann wird auch die Wahl getroffen werden können, die der Vertrag den Ländern überläßt, auf welcher Grundlage die Abfindung berechnet werden soll. Es ist zur Wahl gestellt, eine Abfindung in Höhe des berechtigten Anlagekapitals oder eine Abfindung nach dem Durchschnitt zwischen diesem Anlagekapital und einem aus Biffen der letzten Friedensjahre nach besonders vereinbarten Grundsätzen errechneten Ertragswert. In beiden Fällen tritt zu der Abfindung noch der Erlös der Betriebsverträge der Eisenbahnverwaltungen seit Beginn des Krieges. Der Gesamtbetrag der Abfindungen, die das Reich zu gewähren hat, beläuft sich auf etwa 40 Milliarden Mark.

Sachen würde, wenn es nicht nur die schwebenden, sondern auch alle fundierten Schulden dem Reich überträgt, noch eine Restforderung von etwa 750 bis 800 Millionen Mark gegen das Reich haben. Man könnte sagen: Das ist ein gutes Geschäft, aber man darf dabei zwei Punkte nicht übersehen. Einmal helfen die Bahnanlagen heute viel höhere Werte dar, als sie zu Buche stehen, und werden sie sicher auch dann darstellen, wenn, wie wir hoffen, der Geldwert wieder steigt. Und ferner ist es längst Sache des Bundes, aus eigenen Mitteln, ohne Ueberlässe ertragreiche Linien zur Verfügung zu haben, zur Befriedigung der Bedürfnisse nach Bahnen von örtlicher Bedeutung beizutragen. Das Reich hat zwar im Vertrage die Unterhaltung solcher Bahnbauten zugesagt, die dem Zweck der Unterhaltung und Förderung solcher Unternehmungen nicht aber auf den Schultern des Bundes liegen.

Die übrigen Bestimmungen des Vertrages dienen vorwiegend der Wahrung der Interessen der Länder und des Personals.

In der ersten Zeit der Reichsverwaltung werden allerdings die deutschen Eisenbahnen für Aussehen nicht wesentlich verändert. Die bestehenden Organisationen bleiben vorerst in der Hauptsache unverändert. Das Reichswirtschaftsministerium übernimmt zunächst zu der Aufsicht nur die oberste Leitung des Eisenbahnwesens und seine Vertretung gegenüber der Reichsregierung und den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches.

Die Forderungen der Länder haben bei der Regierung des Reiches volles Verständnis gefunden. Eine Vertretung des Personals aller Landesverwaltungen hat an den Beratungen über die einschlagenden Vertragsbestimmungen teilgenommen u. hat sich mit diesen Bestimmungen einverstanden erklärt. Der Vertrag läßt jedem Beamten oder Arbeiter die Freiheit, ob er in den Reichsdienst eintreten will, oder nicht, und verlangt nur von denen, die es wider Erwarten nicht wollen, daß sie noch eine kurze Zeit auf ihrem Posten bleiben, bis sie ersetzt werden können. Er gewährleistet ferner den in den Reichsdienst überleitenden Beamten und Arbeitern in vollem Umfang die erworbenen Rechte und Anwartschaften auf Gehalt, Ruhegehalt und Versorgung der Hinterbliebenen, auf Anstellung und Beförderung. In die Tarifverträge der Landesverwaltungen wird das Reich eintreten. Mit dem Personal der Staatsbahnenverwaltung scheidet der größere Teil der sächsischen Bediensteten aus unserer Staatsverwaltung aus.

Die Regierung glaubt der Volkskammer die unveränderte Annahme des Vertrages empfehlen zu können.

Abg. Wäntzer (Dem.): Er fasse die Lage so an, daß die Bestimmungen der Länder auch in Zukunft einen Einfluß auf die Verwaltung der Reichsbahnen behalten. Die Regierung solle dahin wirken, daß die Abgeordneten der Landesparlamente Freiheiten im Reichsbahndienst erhalten. Im übrigen müsse eine großzügige Verkehrs- und Tarifpolitik betrieben werden und der Kraftwagenbetrieb den Eisenbahnen erhalten werden.

Abg. Anders (D. Sp.) spricht sich für die Ueberweisung der Vorlage an den Haushaltsausschuß II aus.

Abg. Hofmann (D. Sp.): Unsere Eisenbahnen gelten in unserer Volksseele mit Recht als die Hauptträger unserer Volkswirtschaft und Kultur. Außerdem gelten sie als das sicherste Unterpfand unserer Staatsanleihen und Schulden. Sie stellen als todesreiches Anlagekapital, unsere Beamten haben sich immer als Pflichttreue bewiesen. Unseren Dank auszusprechen, daß sie keine Partei heute gern Veranlassung. Ein sehr vorteilhaftes Geschäft sei der Uebertrag an das Reich nicht, der Staatskreditur wird sich in Zukunft damit abfinden müssen, daß als Grundlage der Staatskreditur nur noch Forderungen, Domänen usw. vorhanden sind. Die Einzelheiten der Vorlage werden im Ausschuss einer strengen Nachprüfung unterzogen werden müssen. Es ist erstreblich, daß der Kraftwagen- und Straßenbahnverkehr in Landesverwaltung bleiben werde. Er richte an die Regierung die Anfrage, wie hoch die Einstellung der Werte der Grundstücke erfolgen solle. Redner geht auf die einzelnen Hauptpunkte des Vertrages ein. Vorschläge zur besseren Wahrung der Interessen des sächsischen Staates erörternd. Wertvoll sei, daß die Möglichkeit der Erbauung von Privatbahnen nach preussischem Muster gegeben ist. Es scheint, als ob Bayern doch wieder ein Privilegium für sich bei diesem Vertrag bewahren wolle.

Abg. Gaston (Soz.) begrüßt die Vorlage als Markstein einer neuen vorwärts streitenden Entwicklung.

Abg. Fischer (Unabh.): In der Tarifpolitik müsse eine wesentliche Veränderung eintreten. Die Eisenbahn als milchende Kuh der Staatskassen zu betrachten, sei nicht der Standpunkt, der eine Förderung des Verkehrslebens bedingt.

Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuß II überwiesen.

Schluss der Sitzung 3 Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 30. März, mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Weiterberatung laufender Fernverkehrsleistungen an Beamte und Ruhegehaltsempfänger, Eisenbahngesetze, Ausdrücke über die politische Lage.

Diktatur oder Demokratie?

Vom Oberbürgermeister Dr. Käthe-Bittan, Mitglied der Rationalisierungsversammlung.

Das deutsche Volk hat seit dem November 1918 vor so tiefen Schicksalsschicksalen zu stehen und immer politischen Lebens gefanden, daß seine Kräfte mit starker Gleichgültigkeit dem Lauf der Dinge gegenüberstanden. Die augenblicklichen Ereignisse zeigen, wie verhängnisvoll dieser Rückfall in das alte politische Erbe der Deutschen, in die politische Gleichgültigkeit, werden muß. Innerlich unvorberichtet und unentwillig stehen viele dem Gebot der Stunde gegenüber.

Vor unseren Augen spielt sich der erste gewalttätige Kampf zwischen Vertretern des zusammengebrochenen alten Systems und den bis her: Regierenden Verächtern einer neuen Staatsordnung ab, die Kampfmittel sind der alten Kammer entnommen: das Militär tritt auf als Vorgesetzter der Politik; ganz wie ehemals im Jellitiner Lubendorff, dessen verhängnisvoller Grundriss darin bestand, daß er das Heer für den Herrn und Meister der Politik hielt, und nicht für ihr Werkzeug. Dazu gesellt sich jetzt wie damals dieselbe Verkennung der psychologischen und realen Faktoren des politischen Lebens, die uns jetzt zum zweiten Male an den Rand des Abgrundes führt. Es konnte kaum eine tragische Wendung in unserem inneren Staatsleben kommen, als der gerade jetzt unternommene Versuch, die sich täglich festigende und von den Uebergangserscheinungen sich befreiende Demokratie durch eine Diktatur zu ersetzen. Nur eine Entspannung nach innen und außen konnte die langsam einsetzenden Gesundungserscheinungen an dem schwer erkrankten Volkshörper fördern, jeder gewalttätige Eingriff mußte die Gefahr der Zersetzung bringen. Die nächsten Tage werden zeigen, ob der deutsche Volkshörper noch so viel innere Kraft hat, um diese erneute schwere Krise zu überwinden. Dem Druck von rechts folgt mit Notwendigkeit Gegenruck von links. Die Träger des gegenwärtigen Staatsrechtes hoffen auf den Beistand der jetzigen Regierung und Staatsform. Eine freudigere und leichtfertige Politik aber gibt es nicht, als die, die gegründet ist auf der Hoffnung des Bankrotts anderer; das hat der Krieg gezeigt.

Der letzte Versuch, durch verfassungswidrigen Gewalt die verfassungsmäßige Regierungsgewalt auszuhebeln, kann niemals zu einer Lösung, sondern nur mit Notwendigkeit zu einer Bewegung der revolutionären Spannung führen. Und wenn wirklich jetzt die Diktatur von rechts vorübergehend an Boden gewinnen sollte, würde sie über kurz oder lang durch die Diktatur von links abgelöst werden. Die große Masse des deutschen Volkes lehnt sich aber nicht nach dauerndem Kriegszustand, sondern nach innerem Frieden; den kann ihr aber keine Diktatur und keine Gewalt bringen, sondern nur eine Demokratie mit ihrer Entgiftung und Ueberwindung der Gegensätze in unserem Volk. Der Ruf nach dem starken Manne ist für politische Oberflächliche bequem; wir brauchen jedoch nicht einen starken Mann, sondern ein sanftes, weiches Volk.

Auch wenn man anstatt des Generals von Wittich Friedrich den Großen in Berlin einziehen ließe: er bringt nicht ein einziges Stück Brot, nicht eine einzige milde Friedensbedingung, nicht eine einzige Mark zur Deckung unerer Schulden mit. Das deutsche Volk kann nicht durch einen starken Mann, sondern nur durch sich selbst gerettet werden. Dazu ist es notwendig, daß die freie Kraft, die zwischen rechts und links fließt, überbrückt wird. Nur auf dem Boden der deutschen Demokratie ist ein solcher Ausgleich möglich, denn die Zeit ist nicht der Kampf, ist nicht der Fanatismus gegen politische Andersdenkende, sondern Ausöhnung und Verständigung. Mit Rücksichtnahme und Handgranaten ist eine solche Verständigung nicht anzubahnen, sondern nur in organischer Entwicklung und in planmäßigem Aufbau. Jeder gewalttätige Eingriff wird uns erneut an den Rand des Abgrundes und enttremdet die breite Masse des Volkes dem Staatsgebanten. Die Aufgabe der Demokratie aber ist es, alle Schichten unseres Volkes zur Staatsbefähigung und Staatsbewusstheit hinführen.

Auch unsere Beziehungen nach außen können durch die Veruche, die organische Entwicklung zu unterbrechen, nur auf das Unheilvollste beeinflusst werden. Wenn in unserer innerpolitischen Entwicklung der Gedanke der Gewalt in den Vordergrund gerückt wird, so wird man mit Recht die Verwirklichung des gleichen Gedankens auch nach außen von uns befürchten. Unsere Beziehungen nach außen werden sich naturgemäß in gleichem Verhältnis heben, als unsere Verhältnisse im Innern sich festigen. Nichts konnte die bei unseren Gegnern sich anbahnende Ueberzeugung, daß auch im jetzigen Deutschland eine starke, für die ganze Welt nutzbringende Kraft ausstrahlt, stärker erschüttern, als der Gewalttätigkeit des 13. März. In der Gesellschaft der Völker wird ein Deutschland, in dessen innerstaatlicher Entwicklung die Gewalt eine Rolle spielt, immer verachtet und beseitigt bleiben; nur ein Deutschland, das sich in seinem Volksthum als Träger des Rechtsgebanten bewährt, kann mit Anspruch auf Gehör den Ruf nach dem Recht auf nationale Selbstbehauptung und Selbsthaltung vor der Welt erheben.

Das deutsche Volk steht vor der Schicksalsfrage, ob es reif ist, sich durch die Souveränität seines Willens seine Zielsetzung selbst zu geben oder ob diktatorische Gewalt es in Nacht und Untergang treibt. Damit hat gleichzeitig die Schicksalsfrage für die deutsche Demokratie gefallen. Wir sind uns dieser Verantwortung vor dem deutschen Volke und der deutschen Geschichte bewußt; ihre Größe gibt uns den Mut zur Tat, und der auch jetzt noch unerschütterte Glaube an die Notwendigkeit und die Zukunft unseres deutschen Volkes besetzt unsere Arbeit für das Vaterland. Wir halten's mit dem alten Spruch: „Am Himmel und am Vaterland soll man niemals verzweifeln!“ (Aus „Sachl. Demokrat. Korresp.“)

Rieser Ferienwanderungen.

Osterferien 1920.

Der Frühling naht mit Brausen, er rüht sich zur Tat, und unter Sturmes Gausen leimt sich die junge Saat. Drum wach, erwach, du Menschentind, daß dich der Fein nicht schlafen find!

In den kommenden Osterferien wollen wir folgende Ferienwanderungen unternehmen:

Nr. 1. Montag, den 29. März: Wanderung nach Gaus, Hauptort der Rieserfer Höhen, Lepiz, Rückfahrt von Lepiz. Nur für kräftige Jungen und Mädel. Kosten: 1,10 Mark. Abmarsch früh 7 Uhr vom Dampfbad. Führer: Herr Schneider II.

Nr. 2. Dienstag, den 30. März: Nach dem Hafen, Strebla, Ueberfahrt nach Lorenzbad, über Gohls zurück. 50 Wfa. Stellen früh 8 Uhr am Dampfbad. Führer: Herr Schneider I.

Nr. 3. Gründonnerstag, den 1. April: Nach Staudich, Dol, Otrau, Rückfahrt mit der Bahn. 1,70 Mark. Treffen früh 7,30 Uhr an der Trinitatiskirche. Führer: Herr Mich. Hofmann.

Nr. 4. Mittwoch, den 7. April: Ueber Staudich nach Stauda, Altstättel, Kommatel, Otrau, Rückfahrt mit der Bahn. 1,70 Mark. Abmarsch früh 8 Uhr von der Trinitatiskirche. Führer: Herr Vielemann.

Nr. 5. Freitag, den 9. April: Nach Weiba, Mautth, Gerhausen. 40 Wfa. Treffen mittags 1,1 Uhr am Dampfbad. Führer: Herr Schneider II.

Nr. 6. Sonnabend, den 10. April: Ueber Gausitz und Roda nach Weiba. Rückfahrt mit der Bahn. 1,50 Wfa. Stellen früh 9 Uhr an der Klosterkirche. Führer: Herr Richter IV.

Die Anmeldung zu den Wanderungen erfolgt wie früher bei Herrn Frauendorf, Wisnarsstraße 15a, 3 Tr., und zwar in der Zeit von 10 bis 2 Uhr. Ratfam ist eine frühzeitige Meldung, da nur eine bestimmte Zahl von Teilnehmern mitgenommen werden kann.

Zur Wanderung selbst vergeht den Wandel nicht! Ausreichenden Mundvorrat wird Euch die sorgliche Mutter schon mitgeben! Und dann steht Euer Lieberbuch ein und wer spielen kann, die Mundharmonika!

Auf frohes Wiedersehen bei glücklicher Wanderfahrt! Der Ausschuss für Ferienwanderungen. Mich. Hofmann.

Bermischtes.

Explosionsunglück. Aus Groß-Waltersfelde wird gemeldet: In den Betriebsräumen der Firma F. Gähert, Abteilung für Bänderbau in Bangkau, ereignete sich gestern eine Explosion. Circa 6 bis 8 Personen wurden schwer und ungefähr 80 leicht verletzt. Der angerichtete Sachschaden ist gewaltig; u. a. sind 12 große Wohnhäuser abgedeckt worden.

Knabe oder Mädchen? — eine Kalenderfrage. Sind der Geheimnisse der Natur, denen man am eifrigsten nachforscht und die sich doch am dichtesten dem Menschen verschließen, ist die Vorerbestimmung des Geschlechtes bei den Geburten. Die Gelehrten haben auf die verschiedenste Weise Kunststücken darüber zu erlangen gesucht, ob das künftige Baby ein Knabe oder ein Mädchen sein wird. Aber die richtige Antwort haben sie noch nicht gefunden. Nun ist in englischen Blättern eine sehr einfache Lösung dieses Problems aufgetaucht und von dem Publikum eifrig erörtert worden. Danach werden Knaben und Mädchen in den aufeinanderfolgenden Monaten geboren. Wenn z. B. eine Familie 12 Kinder hat, und zwar 6 Knaben und 6 Mädchen und das erste Kind ein Mädchen, wird im Januar geboren, dann sind die folgenden Kinder, die im Januar, März, Mai, Juli, September und November geboren werden, Mädchen, die im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember zur Welt kommen, Knaben. Die englischen Blätter setzen sich in zahlreichen Aufsätzen mit dieser Theorie auseinander, und man muß zugeben, daß mindestens ebenso viele Fälle mitgeteilt werden, die dafür als die dagegen sprechen. Die endgültige Lösung der Frage wird das aber freilich auch noch nicht sein...

Kammer-Lichtspiele

Riesa, Hauptstr. 1.

Von heute bis Montag

„Der Abgrund der Seelen“

Großes, gewaltiges Filmschauspiel,
spannend von Anfang bis Ende.
Sonntag von nachmittags 2 Uhr ab große Kinder-
und Familienvorstellung zu ermäßigten Preisen.
Besonderes Programm
— Lustspiel in 4 Akten. —

W. Hob. Schnürschuhe, Nr. 37,
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

Ein Paar guterhaltene
halbe Lederschnürschuhe,
fast neu, Größe 35, zu verk.
Staubfestschraube 1, 1. l.

1 Paar Halbtiefel,
fast neu, Größe 27/7, zu verk.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Ein Paar guterb. Damen-
schuhe, Gr. 42, zu verkaufen.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

3 Paar Schuhe,
Größe 37 u. 38,
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

Koffer wenn mögl. Coupé-
koffer, geb., z. kauf.
gesch. Offerten u. N. 4799
an das Tageblatt Riesa.

Eisenbahnermüde,
ein Paar Stiefel, Gr. 40,
2 gute Bücher für Eisenb.,
1 Schirmhänder
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

Gebr. Leinen-Kragen,
Nr. 33, 34 u. 35, zu verkaufen
Pausier Str. 26, 2. r.

Evort-Dose (Breeches),
nie neu, verkauft.
Wo? laut das Tagebl. Riesa.

Schw. Damenhut, w. getr.,
aufgeschl. Form u. gut. Ge-
flecht, billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Herren-Gemd. neu, weiß,
Blüsch-Mantel u. Boa
für Kinder zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Federn
liegen in Privat zum Verkauf.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Bruteier
a. Kiefernästen, sowie Enten-
bruteier verkauft
F. Wendler, Genda.

Wo kann ich täglich
1 Liter Biergemisch
gegen Marken holen? Adr.
erb. nach Kaiserstr. 14,
bei Gärtner.

Hoggengebundstroh
verkauft Frankis Nr. 33.

Stroh verkauft
Bennetwisch, Schänk.

1 Ztr. gut gereinigter
Kotkleejamern
zu verkaufen
Fabrens Nr. 15.

Größere u. kleinere Posten
Heu

zu kaufen gesucht.
Emil Wenzel
Riesaer
Zafelgeschäftsverf.

Achtung!
und
Brennholz Rubholz

billig abgegeben.
Nur kurze Zeit.
**Truppen-Uebungs-
Platz Zeithain.**

Eingang Bezirksverwaltung.

Zum Anker, Gröba.

Sonntag, den 28. März
feine öffentliche Ballmusik
— Anfang 4 Uhr. —
Hierzu ladet freundlichst ein **Albert Vietch.**

Gasthof zum Schwan
— Rergdorf. —
Sonntag, den 28. März
öffentliche Ballmusik
— Anfang 4 Uhr. —
Es ladet freundlichst ein
Richard Meisch.

Gasthof Stösitz.

Sonntag, den 28. März, ladet zur
öffentl. Ballmusik, Anfang 6 Uhr
freundlichst ein **J. Hofner.**

**Halt! Wo gehen wir Sonnabend, Sonntag
und Montag hin? Ins
Gasthaus zum Adler, Strehla.
Dort ist Vorkbierfest.**

Da wird es mal sein,
Also dort laßt uns sein.
ff. Vorkbier. Stoff hochsein. ff. Vorkwürstchen.
Retlich und Mücken gratis.
Es laden freundlichst ein **H. Richter u. Frau.**

Bären-Schänke

Webergasse 27, 27 h. Zahnsgasse 16 u. 18.

Trendend gebrühtes Bier- und Speise-Gaud.
Rühmlich vorbildliche Bier-Stuben mit vollstündlicher
Vebaglichkeit, Preiswerte bürgerliche Küche!
Empfehlenswerte Biere und Weine.
Zu freundschaftlichem Besuche ladet ergebenst ein
der Bären-Wirt **Karl Göhne.**

**Die beste Verwertung für Wolle
ist und bleibt die Versteigerung!**

**Wollversteigerung
in Berlin**

am 5./6. Mai ds. J.

veranstaltet vom Wollwertungsverband
(Deutscher Landwirtschaftskammern) Berlin.
Alle Schafhalter können ihre Wollen, auch
die kleinsten Mengen, der Versteigerung an-
melden. Anmeldungen und Anfragen an
die **Deutsche Wollgesellschaft Berlin,**
Marktgrafenstraße 77.

Nach kaum 1/2-jähriger glücklicher Ehe entriß mir die tödliche Grippe
am Donnerstag abend 1/11 Uhr meine herzlichstgeliebte Frau, unsere gute
Tochter und Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante

Hildegard Sachse geb. Kühn

im Alter von 22 Jahren 4 Monaten.

In namenlosem Schmerze
Bernhard Sachse
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Riesa, Schloßstr. 22,
26. März 1920.

Die Beerdigung findet Montag nachm. 3 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Vereinsnachrichten

M. S. K. 28. 3. Turnmarsch Jahnplatz. 1 Uhr Trinitatis.
Riesaer Sport-Club 1910. Deute Spielersammlung
Karpfen, 1. u. 2. Kl. Der Einladung vom F. C. 13
zum Stiftungsfest am 28. 3. im Hotel Köpfer zahl-
reich Folge leisten!

Verein der Beamten d. S. St. C. Car. Riesa. Sonn-
abend, d. 27. 3., 8 Uhr n. Verl. im „Deutschen Herold“.
Eldtr. Auf die Verl. des Konsum-Vereins u. 8 Uhr
im Volkshaus wird aufmerksam gemacht.

Turnverein Genda. Sonntag, 28. 3., 1 Uhr mittags Ver-
sammlung. Erscheinen aller Mitglieder dringend erw.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu
der am **Freitag, den 28. April ds. Jhrs.**, nachmittags
5 Uhr in der „Elderrasse“ zu Riesa stattfindenden
ordentlichen Hauptversammlung
eingeladen. Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über den Rechenschaftsbericht und
über die Entlastung der Verwaltungsorgane.
2. Neuwahlen für den Aufsichtsrat.
3. Beschlußfassung über Einstellung des Betriebes und
evtl. Auflösung der Gesellschaft.
Riesa, den 20. März 1920.
Riesaer Straßenbahn-Gesellschaft.
C. Braune, Vorsitzender d. Aufsichtsrats.

Zentralverband der Angestellten
— Bezirk Riesa. —

Zu unserem am Sonnabend, den 27. 3. 20
in Köpfer Saal stattfindenden
Frühjahrsvergnügen
— Walzer-Abend —

verbunden mit Theater-Einsagen, Verlosungen, Saal-
ball u. a. m., werden die Mitglieder nebst Angehörigen
nochmals eingeladen. Gäfte, durch Mitglieder eingeführt,
bergliebt willkommen. Der Abend verspricht sehr unter-
haltend und schön zu werden. Anfang 6 Uhr. —

Kirchgemeinde Gröba.

Am Palmsonntag abend 6 Uhr
Familienabend im Großen Saal.
Nieder von Hilbach, Reineke ufm.
Aufführung: „Die Heimkehr“, ergab. Volksstück.
Eintritt 75 Pf.
Kinder haben freien Zutritt. Der Kirchenvorstand.

Waldschlößchen Röderau.

Palmsonntag, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr
Öffentliche Aufführung

veranstaltet vom Männergesangsverein „Fidelio“ Röderau.
Leitung: Kirchenmusiklehrer Bienenert.

1. Teil: „Auf dem Feld der Ehre“ v. Hobbretsky
Kriegsbilder für Männerchor mit verb. Text.
2. Teil: „Kinder von heute“
Lebensbild in 3 Aufzügen von Matthes.

Karten im Vorverkauf nummeriert 2,50 M. Seitensaal
1,50 M. bei den Herren Andrich und Hagner.
Der Reinertrag fließt dem Denkmalfonds zu.
Um zahlreichen Besuch bittet der Gesamtvorstand.

Daums Tanzstunde

Wertgeschätzten Familien und Interessenten von Riesa
und Umgebung zur besonderen Kenntnis, daß gleich nach
Ostern mein langj. Separatkurs, welcher bereits sehr
gut besucht ist, seinen Anfang nehmen wird. Alle ein-
geladenen Damen, sowie auch resp. Damen aus guter Familie
werden nun gebeten, Donnerstag, d. 1. April, abends 6 Uhr,
Herren 7 1/2 Uhr, zur Vesperung im Hotel Köpfer,
Vereinszimmer, zu erscheinen, um eine gegenseitige Aus-
sprache herbeizuführen, gleichzeitig Freitänzen, durch falsche
Gerüchte herbeigeführt, vorzubringen. Zu jeder Auskunft
gern bereit, auch über die Liste, und um vollständiges Er-
scheinen bittend, zeichnet hochachtungsvoll
Elisa Daum, Lehrerin d. Tanzkunst.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke, so-
wie der Jugend von Langenberg und Deutenitz
danken wir auso herzlichste.
Langenberg-Deutenitz, d. 21. 3. 1920.
**Kurt Dämmig und Frau
Martha geb. Blüthgen.**

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen
**Friedel Zwoch
Curt Moritz**
Röderau Palmarum 1920. Riesa

Für die zahlreichen Beweise der Liebe und
Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste un-
serer teureren Entschlafenen
Selene Knopf
sagen wir unseren tiefempfindenden Dank.
Besonderen Dank dem Bädergesangsverein
und der Bäderleitung für ihre letzte Ehreung.
Riesa, am 26. 3. 20.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Schreibmaschinen

mit sichtbarer Schrift
kaufe ich zu den
allerhöchsten Preisen.
Angebote an
A. Rückwald
Dresden-N. 6
König-Albert-Str. 33.
Tel. 16952.

Achtung.

Kaufe ab Montag, d. 29. 3.,
bis Donnerstag, d. 1. 4.,
Pumpen à kg 1.40
Papier à kg 1.00
Otto Kutschke,
Händl. Nr. 25.

Hygienische

Frauen-Artikel

Muttersprinkeln, Tropfen, Rin-
den, Gummimaren usw. Ver-
langen Sie Prospekt. Frau
Grunia, ärztl. gepr. Wäscherin,
Gopig (Giba), Nähe Neumühle.

Baumtarbolineum
Stassibaft
Ia. Baumwachs
zu haben in der
Unterdrogerie
Friedrich Gärtner.

Rotklee

kaufte mit Preisangebot
Krauspe, Gröba.

Gutes
Tafelöl
empfiehlt
Georg Schneider
Kaiser-Franz-Joseph-Str. 3a.

Kartoffeln

feisch aus der Feine
verkauft auf Wochenmärkten
S. Kern, Eldstr. 2.

ff. grüne Seringe

empfiehlt
Ernst Schärer Nachf.

Empfehle billigt
Sauerkraut, Schnittbohnen,
Sensurken, saure Gurken,
Spezialität: Gratheringe,
neue fetze Radsheringe,
frische Wäskelen, Anchovis
und versch. andere mehr.
Bitte beachten Sie
meine Schaufenster.
Friedrich Koch,
Gaubstr. 10.

Achtung!

Morgen Sonnabend
vormittag
frisch. Schellfisch.
Clemens Bürger.

Gasthof Sageritz.

Sonntag, den 28. März, von
6 Uhr **Ballmusik.**
Es ladet ein **Wag Wolf.**

Gasthof Boritz.

Sonntag, 28. März, ladet zur
Ballmusik
freundlichst ein **E. Stendie.**

F.-B.-C. Germania
Niokritz.

Unser Vergnügen findet
am Sonntag, den 28. d. M.,
im Gasthof Jahnshausen
statt. Anfang 6 Uhr.
Der Vergnügungs-
ausschuss.

Für die uns anlässlich
unserer Vermählung
so zahlreich dargebrach-
ten Glückwünsche und
Geschenke sagen wir hier-
durch, zugleich im Namen
unserer Eltern, unsern
herzlichsten Dank.
Moritz, 21. März 1920.
**Osas Bieger und Frau
Charlotte geb. Wladwig.**

Die heutige Nr. umschließt
6 Seiten.
Hierzu Nr. 7 des
„Radler an der Elbe.“

Die ungelöste Krise.

Selten hat die innerpolitische Lage so wichtig auf Klarheit und Ueberwindung einer politischen Krise gedrängt, wie gegenwärtig. Die Verhältnisse in verschiedenen Großstädten und ganz besonders im Ruhrrevier, wo eine Rote Armee fortgesetzt Fortschritte macht, nötigen gebieterisch zur Eile bei der Neuordnung der Dinge. Aber obwohl alle zutreffenden Zustände vom Reichspräsidenten und vom Reichskanzler bis zu den einzelnen Fraktionen der Parlamente in fieberhafter Tätigkeit sind, ist die Lösung, welche Ruhe und Ordnung schaffen soll, noch immer nicht gefunden. Eine vorläufige Ministerliste, welche nur die vakanten Posten neu besetzt hätte, war zwar zusammengestellt. Sie ist aber im letzten Augenblick von den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten beanstandet worden, die ein Mitbestimmungsrecht auf Grund von Vereinbarungen der vorletzten Woche haben. Dadurch ist nun die Frage offen geworden, ob man diesen Berufshänden, die doch immerhin nur einzelne Teile des Volkes hinter sich haben, ein so weitgehendes politisches Recht angedeihen soll oder nicht. Gekämpft es nicht, so drohen neue Unruhen der radikalen Arbeitermassen und weitere Erfolge der Rufführer in den Großstädten und im Ruhrrevier. Kommt man ihnen aber weitgehend entgegen, so ist sicher mit berechtigter Ungeduld der weiten Volkskreise zu rechnen, die feinerziel politischen Einfluss ausüben imstande wären. Neue Verhandlungen haben deshalb sofort eingeleitet. Man wünscht, daß sie bald zum befriedigenden Abschluß gebracht werden, damit endlich wieder geordnete Regierungsverhältnisse vorhanden sind, welche dem Lande und der Bevölkerung die ersehnte Ruhe und Sicherheit wieder bringen.

Zur Umbildung der Reichsregierung.

Am Verlauf der eckrigen Verhandlungen in Berlin, über die Umbildung der Reichsregierung, erklärte sich die demokratische Fraktion mit Schiffer, dessen Rücktritt von den Gewerkschaften gefordert wurde. Insbesondere ist die demokratische Fraktion auf ihrer Forderung beharren geblieben, daß die Reichsregierung auf ihrer Forderung bestehen bleiben sollte. Die Reichsregierung hat sich dem nicht angeschlossen. Die Verhandlungen sind deshalb sofort eingeleitet. Man wünscht, daß sie bald zum befriedigenden Abschluß gebracht werden, damit endlich wieder geordnete Regierungsverhältnisse vorhanden sind, welche dem Lande und der Bevölkerung die ersehnte Ruhe und Sicherheit wieder bringen.

Die bayrischen Bauern gegen eine Arbeiterregierung.

Wie die „Münchener Zeitung“ meldet, wandte sich der kürzlich gebildete parlamentarische Aktionsausschuß der geistlichen bayrischen Bauernschaft auf die Nachricht, daß im Reich die Bildung einer reinen Arbeiterregierung geplant sei, telegraphisch an den Reichskanzler und erklärte, daß der Ausschuss den Plan einer solchen Arbeiterregierung mit aller Entschiedenheit ablehne und gegebenenfalls die entsprechenden Forderungen daraus ziehen würde. U. a. wurde ein Lieferzettel in schärfster Form geplant.

Die Regierungskrise in Preußen.

Die gestrige Sitzung der Reichsfraktionen im preussischen Landtag gestaltete sich sehr schwierig. Die Verhandlungen dauerten bis in die späten Abendstunden. Zum Minister des Innern ist der frühere Staatskommissar Gese eingernannt. Wie W. T. D. von zutreffender Seite erfährt, entspricht die Meldung, daß Ministerpräsident Birsch die Demission des preussischen Kabinetts überreicht habe, nicht den Tatsachen.

Dortens Gründungsbestrebungen.

Aus Brüssel wird gemeldet: Wie aus Paris berichtet wird, veröffentlicht „Elair“ eine Unterredung mit dem Führer der rheinisch-republikanischen Volkspartei, der u. a. sagte: Dorten arbeitet an der Bildung eines großen Staates, der Bayern, Württemberg, Baden, Rhein-Pfalz und die übrigen Rheinlande umfassen und an dessen Spitze der vorwiegend Rheinische von Bayern treten soll. Die rheinisch-republikanische Volkspartei verfolgt jedoch das Ziel, eine vollständige von Preußen und Deutschland getrennte rheinische Republik zu gründen. Die Grenzen unseres Staates sind nicht durch den Rhein festgelegt, sie treten bei Gagen, Duisburg und Barmen auf das rechte Rheinufer über. Wir haben auch Anhänger in Trier, in der Pfalz, sogar in Frankfurt a. M. Wenn wir heute die Republik proklamieren, so werden 500 000 Mann rheinischer Truppen hinter uns marschieren. Sagen Sie den Franzosen, daß wir ein freier und unabhängiger Rheinstaat sein wollen. Frankreich würden wir die Ruhrkohlen liefern, wofür es unsere demokratischen Bestrebungen unterstützen kann.

Schwere Anschuldigungen gegen Noske.

Der „Kampf“, das Münchener Organ der U. S. D., erhebt gegen den bisherigen Reichswehrminister Noske folgende ungeschmeicheliche Anschuldigungen, für die es wohl vor Gericht den Beweis anzutreten haben wird: Der „Kampf“ ist schon seit längerer Zeit dahin informiert, daß Noske nicht nur um den Staatsstreik wußte, sondern selbst einer seiner Hauptorganisatoren gewesen ist. Wir würden diese Anschuldigungen nicht machen können, wenn wir nicht dafür hinreichende Unterlagen hätten, es sei denn, daß die Unterredung gefälscht worden ist. Sobald die politische Lage soweit geklärt ist, um eine einwandfreie Untersuchung zu gewährleisten und die Gefahr der Verdunkelung und Begünstigung nicht mehr besteht, werden wir darüber mehr zu sagen haben.

Der Friedensvertrag ist an allem Schuld.

In einer Unterredung mit dem Vertreter der „Chicago Tribune“ in Paris, der sich in Berlin aufhält, erklärte der frühere Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Friedr. von Berckner, der Friedensvertrag von Versailles sei schuld, daß noch keine geschlossene Front gegen den Bolschewismus zustande gekommen sei. Auf ihn seien auch alle andern Missetaten zurückzuführen. Im Interesse Deutschlands und im urgenten Interesse der Unterteile der ganzen Welt müsse die schnellste Revision des Friedensvertrages eintreten. — Wie die englischen Blätter melden, erklärte Churchill im Unterhause unter Beifall, früher sei die Stärke Deutschlands eine Gefahr für Europa gewesen. Seit 18 Monaten bedeute jedoch die Schwäche Deutschlands eine Gefahr.

Bedrohliche Anzeichen!

Es liegt in der Natur der Sache und ist psychologisch durchaus begründet, daß der unruhige Ausbruch derer um Rapp, der sich in seinen unklaren Wirkungen als ein Verbrechen gerade auch am nationalen Gedanken darstellt, aller Blicke für den Augenblick lediglich auf die Gefahren gelenkt hat, die von militärischer Seite drohen. Und doch wehren sich von Tag zu Tag die immer dringender werdenden Mahnungen, daß unser Volk heute weniger als je die Augen vor den staatsverrätterischen Wählerleuten der Untrudialisten verschließen dürfe.

Vor allen Dingen zeigt sich das im Westen des Reiches, wo offensichtlich die Abwehrbewegung gegen Rapp und das Militär je länger desto mehr einen ausgesprochen bolschewistischen Charakter annimmt. Die dort im blutigen Kampfe mit den Reichswehrtruppen stehenden militärischen Verbände der bewaffneten Arbeiterklasse scheuen heute nicht einmal mehr davor zurück, ihren Truppenkörper die ganz offiziell bolschewistische Benennung „Rote Armee“ zu geben. Die „Kölnische Zeitung“ meldet dazu aus Düsseldorf:

„Die Rote Armee, deren Düsseldorf-Abteilung nach Angaben der Unabhängigen mit einem Schlage auf 25 000 Mann angewachsen war, wird künftig dieser Armee zu. Wie mit der Düsseldorf-Abteilung die radikale Arbeiterklasse, so ist es auch sicher in vielen Dutzenden großer und mittlerer Städte und Gemeinden des Industriegebietes bestellt. Wenn man im Aktionsauschuß in Gagen, wo die Zentrale der ganzen Bewegung liegt, angegeben hat, daß die Rote Armee im Industriegebiet schon eine Stärke von 120 000 Mann erreicht habe, so ist diese Behauptung nicht mehr zu bezweifeln.“

Schwer werden von dieser für das ganze Reich und seinen weiteren Bestand unmittelbar bedrohenden Bewegung natürlich diejenigen betroffen, die sie im Herzen nicht gutheißen können, und ihre entsetzlichen Folgen doch mit tragen müssen. Wie sich der Verband und ebenso die neutralen Mächte zu dieser verhängnisvollen Bewegung stellen, darüber haben sie keinen Zweifel gelassen. Gerade für die in Frage stehenden Industriegebiete kommt Holland bezüglich der Belieferung mit Lebensmitteln in erster Linie in Betracht, und die Niederlande haben sich von vornherein unambiguos auf den Standpunkt gestellt, daß sie in dieser Beziehung eine rote Arbeiterregierung unter allen Umständen bevorzugen würden. Inzwischen hat Holland grundsätzlich festgelegte Stellung offensichtlich bereits seine Wirkung getan. Eine aus dem Ruhrgebiet entzündete Abordnung hat die holländische Regierung um schleunigste Abgabe von Lebensmitteln gebeten. Voraussetzungen sind dieser Bitte nicht entgegengehalten worden, denn neuere Meldungen besagen, daß Holland, um Veränderungen vorzubringen, militärische Sicherheitsmaßnahmen gegen den Bolschewismus an seiner Grenze getroffen hat. Deutschlands Regierung aber dürfte sich in diesem entscheidenden Augenblick nicht lediglich auf auswärtige Hilfe verlassen, sondern hätte unserer Meinung nach zunächst der Pflicht zu gedenken, selbst nach dem Norden zu sehen, um mit wirksamen Mitteln ein Verflinken des Vaterlandes im bolschewistischen Chaos in letzter Minute zu verhindern.

Minister Braun über die Lage im Ruhrgebiet.

Der preussische Landwirtschaftsminister Braun schilderte einem Vertreter der „B. B. N.“ seine Eindrücke über die Lage im Ruhrrevier folgendermaßen: Ich lasse die Lage so auf, daß durch das zweideutige und zum Teil unverständliche für Rapp eintretende Verhalten des Militärs große Erbitterung in der Bevölkerung angelegt ist, die alle Teile, Kommunisten, Unabhängige, Arbeiter, Sozialdemokraten, Christliche und Demokraten ergriffen hat. Unmöglich ist es ja nun die Erkenntnis durch, daß die Verfassung geändert ist. Ich habe die Überzeugung, daß, wenn das Militär jetzt eine zweifelhafte Haltung einnimmt und letztlich, ohne klar einzugreifen, allmählich die kommunistischen Elemente bald isoliert dastehen werden und daß die verfassungsmäßigen Zustände wieder zur Geltung kommen, denn nur das allein bildet die Aussicht, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben. Im übrigen habe ich den Eindruck, daß die bolschewistische Gefahr von rechtsbolschewistischen Seite doch etwas übertrieben wird, um sich im Kampfe gegen diese linksbolschewistischen Elemente wieder zu rehabilitieren. In Bitterfeld wurde von Vertretern des Ruhrgebietes, insbesondere von unabhängiger Seite gefordert, daß ein Waffenstillstand abgeschlossen werden sollte. Ich habe daraufhin erklärt, eine besondere Abmachung sei dazu nicht notwendig, da das Militär sich aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen und den Befehl habe, nicht einzugreifen. Greifen die bewaffneten Arbeiter nicht an, dann verbleibt effektiv ein Waffenstillstand. Ueber die Haltung des Generals Watter betraut, meinte der Minister: Die Haltung des Generals war in den Tagen des Aufstandes sehr zweifelhaft, die Haltung einiger seiner Unterführer war nicht zweifelhaft, denn sie haben sich offen für Rapp erklärt. Jedemals ist die unentschiedene Haltung von Watter mit daran schuld, daß die Sache dieses Gepräges angenommen hat. Er will allerdings seine Haltung damit rechtfertigen, daß er seine Truppen zusammenhalten wollte, die zum Teil von kappistischen Führern kommandiert wurden und daß ihm dies durch sein Verhalten gelungen sei.

Fortsetzung des Kampfes im Ruhrgebiet?

Es ist immer noch zweifelhaft, ob die Leitung der roten Armee sich dem Waffenstillstandsvertrag fügen wird. Das hiesige unabhängige Ruhrredaktionsteam unter der Leitung des „Kampf“ gibt kein Zurück“ die Fortsetzung des Kampfes.

Der Zivilkommissar Thielemann, der der 16gliedrigen Kommission in Bielefeld angehört, erklärte einem Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung“, daß die weitere Entwicklung davon abhängt, ob die Rote Armee den Kampf an der Lippe abbricht. Tatsächlich sei die Rote Armee in ihrem Siegesrausch, der sie bis zur Weier geführt habe, kaum zu halten. Die Reichswehrtruppen seien sehr stark. Bei Münster ständen allein über 40 Batterien. Sie hätten den Ruhrbezirk archimedisches umzingelt. Der Volksguard

strebe darnach, die Rote Armee fest in der Hand zu halten. Er habe Stappen eingerichtet, um die einzelnen Arbeiterbataillone zurückzuziehen und zu entwaffnen. Nur mit Ruhe und Besonnenheit wäre jetzt Ordnung zu schaffen.

In Essen herrscht Ruhe. In und um Wesel ist seit gestern mittag vollständige Waffenruhe eintreten. Beide Parteien sind in den gehaltenen Stellungen stehen geblieben. Die bereits begonnenen Verhandlungen laufen auf eine fast völlige Einigung hinaus.

In Homborn wurde gestern in allen Betrieben sowohl im Bergbau als auch in der Hüttenindustrie die Arbeit wieder aufgenommen. Die Straßenbahn verkehrt wieder, soweit die Reparaturen nicht abgeschlossen wurden. Etwa 100 erkrankte Reichswehrangehörige befinden sich hier in Gefängnis. Weiter wurden 97 Tote, darunter auch Reichswehr, in aller Eile beerdigt. Durch einen Unfallverkehr wurde auch der Direktor Sebold der Zeche Kohberg getötet. Der Oberbürgermeister von Wülfrath (Ruhr), Dr. Dente, hat gegen seine Amtsenthebung durch den Volksgericht in aller Form Einspruch erhoben. Die Stadtverwaltung hat die in Einspruch an den Volksgericht weiter gegeben und ihrerseits ebenfalls protestiert. Dem Protest haben sich die städtischen Beamten angeschlossen.

Der Aktionsauschuß hat eine Erklärung, in der er die von der Aktionskommission in Bielefeld aufgestellten Richtlinien anerkennt und sämtliche Aktionsausschüsse auffordert, eine solche Erklärung abzugeben, für die Durchführung dieser Bedingungen Sorge zu tragen, und die wachen, ungezüglichen Maßnahmen, insbesondere von Lebensmitteln, im Interesse der Auslieferung der Lebensmittelversorgung und nicht nur zu unterlassen. In so werde es möglich sein, weiteres Blutvergießen zu verhindern und unendliches Leid abzuwenden.

Wesel angeblich gefallen.

Die „B. B. N.“ meldet aus Essen, daß die Leitung der Roten Armee den Fall Wesel bekannt gebe, wo die Rote Armee bereits eingedrungen sei. Anmerkung des B. T. B.: Eine Besichtigung steht in Berlin nicht vor. Andere Meldungen besagen, daß Donnerstag vormittag 10 Uhr zwar um Wesel scharf gekämpft wurde, daß es aber immer noch fest in den Händen der Regierungstruppen war.

Die Lage im Reich.

Ein Vorkoch der 19. Reichswehrbrigade in die Vororte Leipzigs am Mittwoch ist ohne Zwischenfall verlaufen. Waffen wurden in geringer Menge gefunden und abgenommen. Die Lage im Brigadebezirk ist sonst unverändert. Der Militärbefehlshaber in Halle gibt bekannt, daß in Halle ein außerordentliches Kriegsgericht einberufen ist. Dieses ist bis heute mittag abgelaufen. Ferner ist ein Standgericht einberufen worden zur Aburteilung derjenigen Personen, die mit Waffen in der Hand betroffen werden. In den großen Betrieben wird im allgemeinen noch gestreikt, doch ist, wie uns von der Streikleitung mitgeteilt wird, für morgen die Wiederaufnahme der Arbeit zu erhoffen, nachdem die Mehrzahl der Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist. Außer nach Leipzig ist nun auch der Eisenbahnverkehr nach Halle wieder aufgenommen worden. Damit fahren von Halle aus die Züge wieder nach allen Richtungen.

Die französische Arbeiterchaft gegen ein Einschreiten in Deutschland.

Eine Pariser Meldung der „B. B. N.“ besagt: Die sozialistische Partei Frankreichs beschloß in der letzten Nacht die Veröffentlichung eines Manifestes, in dem dargelegt wird, daß in Europa entscheidende Ereignisse sich vollziehen. Die arbeitenden Klassen Frankreichs müssen jetzt den Kampf beginnen und an dem bevorstehenden Ereignissen mitarbeiten. Ausdrücklich beschließt sich das Manifest mit den letzten Ereignissen in Deutschland und sagt darüber: Die Revolution kann sich nur mit der freien Entwicklung aller Kräfte durchsetzen. Es muß jeder Versuch niedergeschlagen werden, daß man sich in die deutschen Verhältnisse einmischen will. Es hängt nur von der Arbeiterchaft ab, daß die allierten Generalstäbe nicht in die Lage kommen, die Pläne auszuführen, die sie vorbereiten, nämlich eine internationale Unterdrückung der deutschen Revolution zum Vorteil der internationalen Reaktion. Die Zukunft des Weltproletariats ist eng verknüpft mit dem Zustand des russischen Proletariats, wie diese Zukunft auch mit dem Erfolge der russischen Revolution eng verknüpft war. Wenn wir es nicht zulassen, daß die Franzosen sich dazu hergeben, die revolutionären Freiheiten eines anderen Volkes zu erkriegen, dann erfüllen wir wahrhaft unsere Pflicht. Wenn der Militarismus bei uns oder anderwärts den preussischen Militarismus retten will, so dürfen wir es nicht zulassen. Wer behauptet und besagt, daß die Möglichkeit eines neuen Krieges Zentraleuropas durch den Aufstand der Arbeiter von Brandenburg, Sachsen und Westfalen geräumert würde, der habe dies mit sich selbst anzumachen. Die Nacht

der Reaktion in vorüber. Für die Abenteurer im Orient, namentlich in Syrien, erklärt das Manifest, wird die französische Arbeiterklasse nicht einen Cent bewilligen. Des weiteren beschließt sich der Ruf mit den Gelehrten in Ungarn und Schottland: Diese Darlegung der gegenwärtigen Lage zeigt, daß wir keine Zeit zu verlieren haben mit Erörterungen über innere Streitigkeiten. Jede Zeit verfließt leicht der Zeit, der Organisation, die durch die Einigung aller proletarischen Kräfte aus der Reaktion hier wie überall den Traum der Wirklichkeit von morgen erlöschen wird.

Rundgebungen für das revolutionäre Deutschland.
Der Streik der Textilarbeiter in der Umgebung von Roubaix, der mehr als 60000 Arbeiter umfaßt, nimmt immer mehr revolutionären Charakter an. Es finden große Demonstrationen statt mit Schreien auf das revolutionäre Deutschland und Rußland.

Nach einer Davosmeldung haben die Gewerkschaften der Bezirke Roubaix und Tourcoing beschlossen, am Freitag in den Generalstreik einzutreten, wenn die Forderungen der Textilarbeiter nicht bewilligt werden. Nach Wittermelungen scheint man den Generalstreik in Straßburg als beendet ansehen zu können. Vorgesetzten hielten Arbeiter an verschiedenen Punkten der Stadt Versammlungen ab, um über die Beendigung des Generalstreiks und die Wiederaufnahme der Arbeit zu beraten. Die Arbeitgeber haben sich entschlossen, das Schiedsgerichtsurteil anzunehmen, das 50 Punkte enthält, von denen die Hälfte günstig für die Arbeiter ist. Wegen Währungsveränderungen, die in der Dunkelheit auf dem Arbeitermarkt gemacht wurden, verhaftete die Gendarmerie neun Personen. — Nach einer Davosmeldung sollen die Bergarbeiter von Denain die Fortsetzung des Streiks beschlossen haben.

Hollands Maßnahmen.
„Telegraaf“ zufolge hat die niederländische Regierung infolge der Ereignisse in Deutschland ausgedehnte Maßnahmen ergriffen, sowohl im Innern des Landes die Ruhe aufrecht zu erhalten, als auch um etwaige Streikfälle roter deutscher Truppenabteilungen zur Aufhebung von Lebensmitteln in den Niederlanden abzuwehren. Es ist den niederländischen Behörden bekannt, daß zwischen parteilichen Führern im westfälischen Industriegebiet und niederländischen Kommunisten Fühlung besteht.

Eine Erklärung Amerikas.
Herr Dreier, der als Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin weilte, hat am Mittwoch abend dem Reichsminister Müller folgende Erklärung seiner Regierung übermittelt: Die Regierung der Vereinigten Staaten verfolgt mit Sympathie die Bemühungen der deutschen Regierung in der gleichzeitigen Bekämpfung der Gewalten der militärischen Reaktion und der Anarchie. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mit Beirückung feststellen können, daß das deutsche Volk die Regierung in ihrem erfolgreichen Widerstande gegen die Ungeheuerlichkeit unterstützt hat und hofft nunmehr, daß die Anstrengungen, die Demokratie aufrecht zu erhalten und Ruhe und Ordnung gegen die dunklen antidemokratischen Elemente, deren Obliegen Deutschland in Anarchie und Chaos stürzen würde, zu führen, in gleicher Weise Erfolg haben werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten vertraut auf eine vom gesunden Sinne diktierte Wiederaufnahme der Arbeit und des Handels in Deutschland und würde einen Umkreis der gesetzlichen Ordnung, der die von den alliierten und assoziierten Ländern in Aussicht genommenen Hilfsmaßnahmen unmöglich machen würde, aufs tiefste bedauern. Die für den Wiederaufbau der deutschen Industrie notwendige Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen würde dadurch sehr erschwert, wenn nicht vorläufig unmöglich gemacht werden.

Deutsch-französische Verhandlungen über Truppenentsendungen.
Aus Berlin wird gemeldet: Zu der Pariser Meldung über die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich wegen Truppenentsendung in das Ruhrgebiet bemerkt die Agence Havas, daß Deutschland beabsichtigt, 100000 Mann in das Ruhrgebiet zu senden. Die letztere Angabe entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Truppen von dieser Stärke würden niemals in das Ruhrgebiet geschickt werden. Nur im äußersten Notfall sollen militärische Verstärkungen einmarschieren. Als selbstverständlich gilt, daß die eventuell mit der Erlaubnis der Entente in das Ruhrgebiet einrückenden Truppen dieses nach Wiederherstellung der Ordnung wieder räumen würden.

Nichtamtlicher Bericht über die öffentliche Gemeinderatsitzung in Gröba (Zentralschule) am 22. März 1920.

Anwesende: Herr Gemeindevorstand Hans als Vorsitzender, Herren Gemeindevorsteher Günther und Schmidt und 17 Gemeinderatsmitglieder, sowie Herr Ortsbauinspektor Banger. Entschuldigt fehlten Frau Berger, Herren Krauß und Möbius.

1. (Berichtshatter Herr Ortsbauinspektor Banger.) Aussehen des Gemeinderats und Vorsitzenden hiesiger Industrie-Unternehmen haben Verhandlungen hinsichtlich zweier Errichtung von Wohnhäusern für Arbeiterwohnungen in der finanziellen Unterstützung durch die Firmen. Das aufgestellte Bau-Projekt wies 300 Wohnungen auf. Als Baugelände hatte man das Areal zwischen Spinnerei und Schulstraße ins Auge gefaßt. Die gesamten Baukosten bezifferten sich auf rund 15 Millionen Mark einschließlich drei Millionen Mark Beihilfen durch den Staat und 1 Million Mark durch die Gemeinde. Nach dem Ertragspreis würde sich eine Wohnung, bestehend aus Wohnstube, Kammer und Küche, an Witzhaus auf 1600 Mark stellen, bzw. 1800 Mark bei zwei Schlafkammern. Die Durchführbarkeit des Planes müßte an den hohen Baukosten und der sich daraus ergebenden unerschwinglichen Mietpreise scheitern. Auch ein weiterer, für die Wirtschaftliche Vereinigung der Arbeiterangehörigen entworfener Bauplan wird aus den gleichen Gründen kaum in die Tat umgesetzt werden können. Hier stellte sich der Mietpreis einer Wohnung sogar auf 2800 M. bis 3100 M. und die Vereinigung wird unter diesen Verhältnissen ebenfalls auf die Durchführung verzichten müssen. Der Bauausschuß hat nunmehr beschlossen, durch Ausleihen eines Dachgeschosses im Gebäude der alten Schule drei Wohnungen mit einem Rohaufwand von 100000 M. zu schaffen, wozu der Staat 38000 M. und die Gemeinde 20000 M. Bauzuschüsse leistet, so daß die Schulstube noch 60000 M. aufzubringen und zu verzinsen hätte und der Mietpreis einer Wohnung sich auf 800 M. stellen würde. Der Gemeinderat stimmt der Vorlage des Bauausschusses zu.

2. (Berichtshatter Herr Ortsbauinspektor Banger.) Wegen Anziehung der offenen Einfahrt nach dem Hofen neben dem Grundstück Zimmer ist mit dem Eisenbahnbauamt vereinbart worden, es bei dem jetzigen Zustande zu belassen und von der Errichtung einer Einfriedigung abzusehen.

3. (Berichtshatter Herr Bammel.) Mit sofortiger Wirkung wird ein vom Sparlassenauschuß aufgestellter Antrag zur Sparlassenordnung angenommen, wonach in § 3 die Bestimmung aufgenommen wird, daß die Sparlassenhöhe von 5000 M. bzw. 10000 M. auf 2000 M. herabgesetzt wird und in § 22 die Worte „Sech-

siger Forderung“ durch „Zehnjährige Staatsrenten“ ersetzt werden.

4. (Berichtshatter Herr Bammel.) Der Sparlassenauschuß hat beschlossen, von einer Forderung von 1000000 M. in nächster Zeit infolge des hohen Geldbedarfes Mittel zur Verfügung stellen zu lassen. Der Gemeinderat tritt dem Beschlusse des Ausschusses bei.

5. (Berichtshatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Durch die Vereinnahmung der Gemeinde Weidach durch die Weidacher Verwaltung Weidach, woran die Gemeindeverwaltung Weidach die Bedingung knüpft, daß die von den beiden Gemeinden bis her gezahlten Beiträge zum Waisenfondus von Gröba zu übernehmen sind. Der Verwaltungsausschuß empfiehlt, die Bedingung der Gemeinde Weidach anzunehmen und eine der beiden im Verband angefallenen Steuern mit zu übernehmen. Das Kollegium stimmt der Vorlage einstimmig zu.

6. (Berichtshatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Infolge der im Dezember vorigen Jahres beschlossenen Erhöhung des Wasserpreises hat der Wasserverwaltungsausschuß einen Antrag zur Wasserwerkordnung aufgestellt. Einige Bestimmungen haben den Hausbesitzer vereint veranlaßt, sich zu wehren, um bezüglich des Mehrverbrauches von Wasser in Öfen mit Wasserfüllung und Wasserleitungen eine gerechtere Verteilung der Kosten herbeizuführen. Die Umfassungsmannschaft hat dem Ansuchen jedoch nicht stattgegeben.

Durch Herrn Führer wird heraus über einen weiteren Verkauf des Wasserverwaltungsausschusses berichtet, welcher eine weitere Erhöhung der Wasserpreise vom 1. April dieses Jahres ab vorzusehen. Nach einer aufgestellten Berechnung hat in den letzten Monaten der Erhöb des Wasserpreises die Betriebskosten nicht gedeckt und ein Verlust von 12000 M. festgestellt worden. Der Vorsitzende des Ausschusses geht davon aus, den Wasserpreis nach Maßgabe der zu zahlenden Wohnungsmiete wie folgt zu erheben:

Wohnungsmiete	6 M. und 25 Proz. Zuschlag
von 101—200 M.	12 „ 25 „
„ 201—300 „	18 „ 25 „
„ 301—400 „	22 „ 30 „
„ 401—500 „	26 „ 30 „
„ 501—600 „	30 „ 30 „
„ 601—800 „	33 „ 35 „
„ 801—1000 „	38 „ 35 „
über 1000 „	6 Proz. des Mietpreises und 100 Proz. Zuschlag
	6 Proz. des Mietpreises und 125 Proz. Zuschlag

Ferner wird empfohlen, für das durch Wasserwerk abgegebene Wasser folgende Beträge zur Einhebung zu bringen:

Wohnungsmiete	60 Pf. für 1 cbm
von 1001—2000 „	50 „ 1 „
„ 2001—3000 „	55 „ 1 „
„ 3001—4000 „	57 „ 1 „
„ 4001—5000 „	58 „ 1 „
über 5000 „	55 „ 1 „

Der Herr Vorsitzende hat die Verteilung nach Maßgabe der Wohnungsmiete nicht für alle Fälle als gerecht. Richtiger sei, die Beiträge nach Einkommen zu bemessen. Nach mehrfacher Aussprache durch die Herren Gemeindevorsteher Schmidt, Gartenhäuser, Gemeindevorstand Hans, Witzhaus, Führer und Möbius wird beschlossen, auf alle Mietsätze einen Zuschlag von 20 Prozent zu erheben und bei besonderer Bedürftigkeit (bei Einkommen bis 3100 M.) auf Ansuchen Ermäßigungen eintreten zu lassen. Für einen Quadratmeter Gartenland werden 4 Pfg. Wasserpreis erhoben. Der Vorlage wird zugestimmt.

7. (Berichtshatter Herr Dorn.) Bei einem Ueberfall auf den Speicher am 19. September vorigen Jahres ist der Monteur Möbius in Weidach durch eine Schußverletzung zu Schaden gekommen und stellt an die Gemeinde Anspruch auf 850 M. Der Verwaltungsausschuß kann eine rechtliche Verpflichtung der Gemeinde, den Schaden zu übernehmen, nicht anerkennen und lehnt denselben ab. Dem Antragsteller ist anbeimgelassen worden, sich mit seinem Ansuchen an die Regierung zu wenden. Das Kollegium stimmt dem Vorschlage des Ausschusses zu.

8. (Berichtshatter Herr Ortsbauinspektor Banger.) Die Firma Chemische Fabrik von Deine u. Co. beabsichtigt, auf dem Grundstück Ade Teufel- und Altröckstraße, gegenüber der Apotheke ein aus sieben Wohnungen bestehendes Wohnhaus zu errichten. Dem Bauvorhaben wird zugestimmt und die vom Bauausschuß aufgestellten Baubedingungen genehmigt. — Vom Bauausschuß werden einige vom Bauausschuß beschlossene Abwägungspunkte an Bauwerken bekannt gegeben und gutgeheißen.

9. Von Herrn Gemeindevorsteher Schmidt wird mitgeteilt, daß in der Gemeinde eine Organon für Gründung einer Arbeiter- und Einwohnervereiner zu Leben getreten sei. Die Idee soll den Schatz von Leben und Eigentum übernehmen, um Vorkommnissen, wie sie sich am Montag, den 15. März in Riesa ereignet haben, entgegenzutreten zu können. Es sei zu wünschen, daß sich auch der Arbeiter- und Einwohnervereiner gegenseitig unterstützen und zur Verfügung stellen. Herr Bammel bezieht die Einrichtung als eine Spielerei und verweist sich davon seinen Erfolg, solange die Idee nicht mit demselben Waffens ausgeführt sei wie die militärischen Formationen. Herr Dorn hält es für einen großen Fehler, wenn ruhig zugehört wird, wie sich die Bürgerlichkeit bewußt und die Arbeitervereiner nicht und tritt der Ausführung des Herrn Bammel entgegen. Eine gefährliche Spielerei sei es gewesen, was von Elementen ganz links sowohl als von ganz rechts in den letzten Tagen inszeniert worden sei. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Revolutionssorderungen.

Unter dieser Ueberschrift schreibt Straßenbahn-Erweiterer Bruno Reinhardt, Dresden, im „Dresdner Anz.“: Um sich abseits der Ereignisse der letzten Tage ein neues Bild über die Ursachen dieser Vorgänge machen zu können, muß man auf unsere allgemein mißliche Lage zurückblicken. Hört man im einzelnen auf die Meinungen über unsere wirtschaftliche Lage, wird man mit Erstaunen gewahrt, wie viele unbewußt in das Horn ihrer eigenen Begier hineinfließen. Die Verwirrung auf diesem Gebiete ist groß. Die Sozialpolitiker aller Parteien und ihre Schattierungen sind sich darüber einig, daß der jetzige Zustand auf die Dauer unhaltbar ist, nur in Bezug auf die Änderungen und daß die gehen die Meinungen sehr scharf auseinander. Die Deute, die im Trüben zu sehen verkehren, sind daher sehr leicht imhände, die Begriffe noch weiterhin zu verwirren.

Bei der zunehmenden Entwertung des Geldes, wo man sich heutzutage für 5 Mark nicht mehr kaufen kann, was man früher für 50 Pfg. erhielt, befinden wir uns auf einer Drehscheibe, wir kommen immer wieder da an, wo wir abgekommen sind. Bei dieser fortgesetzten Steigerung aller Existenzmittel sind wir noch nicht einmal auf dem Scheitelpunkt angekommen. Jeder ist deshalb nach Kräften bestrbt, seine Existenzmöglichkeiten zu verbessern.

Deutschland mit seiner landwirtschaftlichen Anbaufläche einer etwa 60 Millionen wachsenden Bevölkerung gegenüber ist aber als Industriegebiet gar nicht imhände. Sie selbst zu

ernähren. Die Währungsnot dem Kräfte, die das Bedenken, waren eben ein sehr bedauerlicher Irrtum. Wir waren von jeder auf die Zufahren vom Ausland angewiesen.

Nun haben wir einen in der Weltgeschichte noch nie dagewesenen Papiergeldumlauf von allein 45 Milliarden Mark, während wir nach der bankmäßigen Goldbedeutung von reichlich 1 Milliarde nur 8 Milliarden Papiergeld haben dürfen. Kein Wunder also, wenn das deutsche Geld im Ausland ignoriert wird. Sogar kommt noch, daß durch die veräußerten heuerlichen Maßnahmen der disponiblen Geldüberflus in ungeheuren Mengen dem Ausland zugeführt wurde. Er drückte dort auf den Geldmarkt, wie er bei uns prächtigend auf die knappen Naturprodukte einwirkte. Infolgedessen sind Zucker und Schokolade zur ungeheuren Höhe gekommen und selbstverständlich dadurch Rohstoffe und Produktionskosten im Ungemeinen gestiegen, und sie bedeuten trotz alledem tatsächlich nur die Unterkosten für die Arbeiterleistungen.

Anhalt der vielen Parteipolitik fehlt uns kaufmännisches Rechnen und Volkswirtschaftslehre, denn ein tüchtiger Kaufmann arbeitet sich immer wieder in die Höhe, wir aber sind immer mehr in den Parteikampf hineingezogen, und man vermischt immer noch den harten Mann, der die Wassen des Geldes zu führen versteht, der die Hydra, die in den vielen Parteien und Spaltungen der Wassen treibt, niederschwängt. Es darf in dieser Hinsicht nur eine Partei geben, die nur das Wohl des Vaterlandes im Auge hat; dazu gehören alle, auch die Unabhängige Sozialdemokratie.

Zur Dehung unserer Wäsure, die sich seit mehreren Tagen erfreulicherweise bessert, arbeitet die Regierung mit den schwierigen Apparaten, ohne verhindern zu können, daß sich Höhe und Lebensmittelpreise fortgesetzt steigern. Wenn die Staatsmaschine richtig wieder in Gang kommen soll, so muß das Steuerad einmal anders herumgedreht werden, müssen die Erzeugnisse dort zuerst herabgesetzt werden, wo allemal zuerst die Steigerung beginnt, nämlich bei der Landwirtschaft. Denn die Steuerungsregeln und -ausfälle gehen durch all die vielen Kanäle unweigerlich wieder dahin, wo die Steigerung begann. Dann geht das Spiel wieder von neuem los bis ins Äußerste. Von allem Anfang an haben Einsichtige dieses Weltlaufs im Tritrad miträuslich beobachtet.

Dieser abnorme Zustand kann nur beseitigt werden, wenn die landwirtschaftlichen Erzeugnisse so lange entzogen und den schaffenden Arbeitkräften zugeführt werden, so viel sie unbedingt brauchen, bis sich unsere Salutarverhältnisse so weit verbessert haben, daß wir gleichwertige Nährmittel aus dem Ausland als landwirtschaftliche Konkurrenz entgegennehmen, um so diese beiden Faktoren, Industrie und Landwirtschaft, ins Gleichgewicht bringen zu können. Indem die Regierung die vorläufige Bezahlung mittels der Diskontobanken übernimmt, wird der Wucher vollständig ausgeschaltet, die hohen Steuerungsregeln fallen von selbst aus und das Geld fließt wieder zurück.

Dann erst kann das große Gewicht der deutschen Arbeitskraft wieder voll in die Waagschale geworfen werden. Bei seiner Genauigkeit und Effizienz in seinen Fertigfabrikaten genießt das deutsche Erzeugnis glücklicherweise heute noch den Vorrang in aller Welt, ein Umstand, den wir als ein Kleinod bewahren müssen.

Wenn der deutsche Intelligente Arbeiter bei seinen hohen Abgaben weiter darben und schließlich hungern soll, kann sich leicht das grauenerregende revolutionäre Schauspiel von 1793 wiederholen, wo sich die ausbeutende Stadtbewölkerung auf Land ergoß, dort alles mögliche wegnahm und plünderte. Die nichts zu verlieren haben, bei denen ist zwischen Gedanken und Ausführung nur ein kleiner Schritt. Jetzt im gegebenen Moment, wo die Revolution sich immer mehr häuft, daß das Ausland unsere Instrumente und sonstige Feinarbeiten braucht, ist der ungelegene Zeitpunkt für eine neue Krise.

Wenn die neue Regierung von so außerordentlich extremer Parteivergangenheit etwa aus Ruder gekommen wäre, dann wären höchstwahrscheinlich durch Aushebung der Zwangsarbeit jetzt größere Mengen von Nährstoffen auf den Markt gekommen. Allein das wäre nur Blendwerk, später feilte es doch, und doppelte Ernten haben wir nicht. Von den Preisen, die dann gelten würden, ganz abzusehen. Von dieser Seite wäre die Lösung unseres wirtschaftlichen Problems heller und unfinnig gewesen. Parteiliche sind eben keine Regierungskräfte, und es war auch das Verhängnis der wilhelminischen Regierung, daß sie mit unserer ganzen Entwicklung in ihrer Weisheit nicht Schritt gehalten hat. Hoffen wir, daß die jetzige weniger lange Reden hält, aber desto mehr Taten setzen läßt. Die Verhandlung in unruhigen Zeiten ist als goldener Mittelweg der klügste und gangbarste; er verhält dem alten Rom von der Zeit an, wo die Verschmelzung der Patrioten mit den Weibern einleitet, trotz schwerer Erschütterungen zum Anfang seiner kühneren Weltmachtstellung.

Schieberstücken.

Der Schieber ist jeder eine Erfindung, die heute über ganz Deutschland hin verdrängen und entsetzlichen Schaden anrichtet. Einige Beispiele für diese furchtbare Gefahr des Schieberstums gibt ein Aufsatz der „Volkswirtschaft“, „St. Hubertus“, der neben den Untaten des Schiebers als Jagdbüchse auch als gemeiner Kerl hinführt. „In einem Gasthause einer süddeutschen Stadt“, wird hier erzählt, „vergnügten sich kürzlich angebotene Schieber damit, daß sie managen, andere Unterhaltungsparties zu veranstalten, nachdem sie eine gewaltige Rache gemacht hatten. Die laubere Gesellschaft erklärte, im Vertrieben von Holz derartig viel Geld zu verdienen, daß sie nicht wüßten, was sie damit anfangen sollte. In einer anderen Stadt errichtete im Witzhaus ein angeheuerter Lederhändler, daß er wöchentlich 20000 Mark verdiente. Er gab für Bedienung Trinkgelder bis zu 70 Mark. Er ließ sich 20 rohe Tier bringen, schlug sie in eine Schüssel, heizte die Tier die mit Butter und gab denn einige Flaschen Sekt auf das Ganze, das er sich zu Gemüte führte. Der Kerl hatte vorher im Rauch ein ausgetrocknetes Pferd fast zu Schaden gefahren. Als der Wirt ihm Vorhalt machte, zog er die Pistole und fragte hoch: „Was kostet der Dreck? Ich bezahle Wagen und Pferd.“ Das Angebot wurde entzückt abgelehnt. Der Schieber belam eine Gelassene auf sein freches Maul und wurde mit einem heißen Tritt auf das verlängerte Rückrad an die Luft beschoben.“ Diese Wäsure des Volkes machen sich nun auch als Jagdbüchse breit und demuten die Reviere, die sie verkommen lassen, nur zu dem Zweck, um sie zur Erlangung von Fleisch für auf die letzte Kreatur auszuwählen. Gleichgültig wirken sie auf die ganze Gegend verdrängen, indem sie durch ihren anstößigen und profanen Lebenswandel ein schändliches Beispiel geben und die Preise in die Höhe treiben. „Der Ortsanwäsiger, der kein Selbstverfolger ist“, wird in dem Aufsatz gesagt, „trägt immer beim Einkauf seiner bescheidenen Lebensbedürfnisse vorzugehen, was die Jagdbüchse für Summen zahlen. Da kommt es vor, daß für ein Ei 8 Mark, für ein Pfund Butter 20 Mark und für ein Pfund Schinken 60 Mark gezahlt werden. Die Folge von dieser Preissteigerung ist die, daß die Einkäufer, ihren Bedarf nicht mehr decken können. Und dann, wie wird erst das Vieh behandelt! Bruch, erkranktes Vieh wird in dieser Jagdbüchse getötet, es geht es ohne Jagdbüchse ab. Die Leidtragenden sind fast immer Einkäufer, die entweder Treiberdienste leisten oder sich zu land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten im Jagdlande aufhalten.“